

Volksmacht

Ungelegenpreise:
 Die neuangew. Konparatabelle
 des Reichs für den
 Arbeitsmarkt und Wohnungsgeld
 anlagen 1.20
 Die stempellose Reichszeitung
 bei Wiederholungen Rabatt.

Darunter müssen zwei Tage vor Erscheinen
 der Zeitung in unserer Kasse sein.

Die Volksmacht erscheint täglich mit
 Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere Verlags-
 stellen monatlich 1.50
 vierteljährlich 4.50
 Durch die Post bezogen außerhalb
 und Auslandsbüro monatlich 1.60
 Einzelnummern 10
 Verlagsadresse Danzig Nr. 244.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition:
 Danzig, Paradiesgasse 32. **Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften** Telephon: Redaktion 3795.
 Expedition 3290.

Nr. 104 Donnerstag, den 8. Mai 1919 10. Jahrgang

Die Bolschewisten verschachern Gemeineigentum.

Ausverkauf in Rußland.

Der Bolschewismus hat Hals über Kopf den Sozialismus einführen wollen. Er hat ein Zerstückeln des Sozialismus erreicht, und jetzt muß er sorgen, um dem Volke das schlimmste Elend zu ersparen, das ganze bisherige Sozialismus wieder an Privatkapitalisten verkaufen.

Die norwegische Sozialdemokratie, die bekanntlich dem Bolschewismus nahesteht, hat einige ihrer hervorragendsten Mitglieder zum Studium der Verhältnisse nach Rußland geschickt, darunter ihren zweiten Vorsitzenden, Rechtsanwalt Stang, und den Reichsanwalt und Redakteur Michael Puntervold. Dieser letztere kam am 1. Mai in Stockholm an. Er berichtet, daß die Sowjetregierung ausländischen Kapitalisten ungeheure Konzessionen anbietet; es seien die größten, die in der Welt jemals vergeben wurden. Eine Konzession umfaßt Eisenbahnen von 20 bis 25 Meilen Länge und Rechte auf eine Gesamtlänge von 3200 Meilen. Das Anwartsrecht an den Wärdern längs dieser Eisenbahnen, die 35 Millionen Pjörger groß sind, die Ausbeutung der dortigen Wasserfälle und der Erzkörper, die beim Bau der Eisenbahnen erschlossen werden. Außerdem sollen die Inhaber der Konzessionen das Recht erhalten, an allen Eisenbahnstationen und in allen Städten in der Nähe der Eisenbahnen eigene Privatbanken einzurichten. Die Banknoten allein der Eisenbahn sind auf 4 1/2 Milliarden Mark veranschlagt.

Das ist der Ausverkauf des kommunistischen Rußland. Führt man darum den Kommunismus ein, um dann die nationalen Gemeindegüter wieder an ausländische Kapitalisten zu verschachern? Rußland hat den Teufel durchs Gesicht ausgetrieben. Die Arbeiter kommen dadurch vom Regen in die Traufe. Rußland sitzt dadurch auf dem Stuhl der Halbkolonialvölker herab, die schreien müssen, um ausländischen Kapitalisten die Beute zu fällen. Wenn schon der Kapitalismus nötig ist, dann ist der einheimische vorzuziehen, denn dessen Profit kann für die einheimische Finanzverwaltung auf dem Steuerwege leicht erfaßt werden und ihm lassen sich viel leichter alle die Gesetze aufzwingen, die zum Schutze der Arbeiter notwendig sind.

Verhandlungsbeginn.

Nach dem „Echo de Paris“ will Clemenceau den von der Entente entworfenen Vertrag Mittwoch nachmittags 3 Uhr persönlich überreichen. Die Deutschen hätten eine Frist von 14 Tagen, um schriftliche Bemerkungen vorzubringen, so daß man ihre Vorgehensweise vor dem 22. Mai erwarten dürfe. Man werde den Deutschen kein Hindernis in den Weg legen, falls sie Genötigten nach Berlin zur Prüfung des Vertrages schicken wollten. Die Unterzeichnung des Vertrages sei zwischen dem 3. und 5. Juni zu erwarten.

Auch in Berlin wird inzwischen alles zur Erörterung der Friedensbedingungen bereit gemacht. Der Friedenssaal der Nationalversammlung, der in Weimar tagt, wurde auf Anweisung des Präsidenten Schrenkowsky beschlagnahmt, das alle Fraktionen für Sonnabend nach Berlin zu Sitzungen einzuberufen werden sollen, während die Unterzeichnung einer Planverhandlung der Nationalversammlung in Berlin noch hinausgeschoben werden soll. Den Fraktionen sind Repräsentanten in der Berliner Universität und in der Akademie der Künste zur Verfügung gestellt.

Deutschland und Rußland.

In der Sitzung des Friedenssaales der Nationalversammlung am Dienstag bewies der Führer aller Parteien die Notwendigkeit, das Interesse mit der russischen Sowjetregierung in Verantwortung ihrer Forderungen in Verbindung zu stellen. Es sei nicht nur ein Waffenstillstand, sondern auch direkte nachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland herbeizuführen. Die Erfüllung dieser Wünsche wird seitens der Regierung ermahnt.

Ernährung und Handel.

In der Dienstag-Sitzung des Friedenssaales teilte Reichsfinanzminister Petzold mit, daß die Regierung habe es für geraten, alle Mittel zur Anwendung zu bringen, um die Ernährung zu sichern. Bekanntlich sei die Ernährung von Lebensmitteln aus dem Auslande abhängig von der Beschaffung mit Gold oder mit inländischen Wertpapieren oder mit Staatskredit oder mit Waren. Der Goldbestand der Reichsbank sei bereits auf 1700 Millionen Mark zusammengebrochen und müsse für noch schlimmere Zeiten aushalten. Die Ernährung der Bevölkerung sei durch den Bankrott der Reichsbank sehr in Mitleidenschaft gezogen und sei derzeit noch sehr gefährdet. Das den Kredit an der Reichsbank zu erhöhen, so ist gegenwärtig der private Kredit der Reichsbank sehr erheblich höher als der Staatskredit. Immerhin könnten auf diesem Wege

gewisse Summen flüssig gemacht werden, es müßte aber bei der gesamten Notlage das letzte Mittel, die Ausfuhr von Waren, mit Nachdruck zur Anwendung gebracht werden. Das Kabinett sei sich darüber einig, daß der für den Handel bei den heutigen Verhältnissen, die ihm angeht, kein Geschäft mehr zu machen sei. Es habe deshalb beschlossen, daß unter Wahrung der Reichsinteressen und der Interessen der deutschen Industrie die Befreiung seiner Waren von den Zollschranken wieder erwägen könne. Das Kabinett habe beschlossen, einen Reichsfinanzminister mit der Befehlsgewalt der notwendigen Lebensmittel und mit der Aufforderung von möglichen Krediten zu beauftragen. Daneben sollte unter Vorsitz des Reichsfinanzministers ein Ausschuss von drei Reichsministern (Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung) mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden, um alle Maßnahmen schnellstmöglich durchzuführen und etwaige Widerstände sofort zu brechen. In Deutschland gebe es Waren genug und unzählige Menschen, die arbeiten wollten, wenn man sie nur an die Arbeit setze. Die Reichsregierung werde die notwendigen Schritte sofort einzuleiten und durchführen.

Stettin.

Wir lesen im „Vorwärts“:
 Ein Berliner Parteigenosse, als Augenzeuge der Vorgänge von Stettin kommend, berichtet durchaus, daß eine gewaltig unmotiviertere Provokation durch das Detachement Pogodner vorgelegen hat. Er teilt uns u. a. folgendes mit:

Zu der auf dem Schloßhof abgehaltenen Versammlung der kommunistischen Partei hatten sich ungefähr 1000 Personen eingefunden; unter ihnen verhältnismäßig viel bürgerliches Publikum. Der Referent Dr. Schröder aus Berlin war am Kommen verhindert, weshalb ein Stettiner Kommunist sprach. Es ist natürlich, daß dieser zu beinahe jedem Widerstand gegen die Regierung aufgefordert hätte, wie die „Bolschewistische Zeitung“ behauptet. Er hatte kaum einige Worte gesprochen, als eine Gruppe von Soldaten hochtriefend auf die Redner ausbrachte, so daß der Redner durch den entzündeten Lärm am Sprechen gehindert war. Als die Menge die Soldaten in durchaus sachlicher und ruhiger Weise zur Ruhe mahnte, so gaben diese Reitpferden, Handgranaten und Revolver hervor. Die Menge hob fluchtartig aus. Inzwischen ein Teil der Soldaten blindlings nach allen Seiten schoss, ließ ein anderer seine Revolver aus dem Buschhändlerhänden aus. Ein dritter Teil führte in das Schloß und holte mit Geschrei den Referenten hervor, um ihn durchschußig zu machen.

Man tut den Freiwilligen-Truppen einen Bärendienst, wenn man diese Ereignisse vertuscht oder den Umfang verkleinert will, daß Freiwilligen-Truppen die Täter waren. Es kann sich hier nicht darum handeln, Vorwurfsmengen zu beschuldigen, sondern Mittel und Wege zu finden, derartige Vorfälle für die Zukunft zu vermeiden. Man tut den Freiwilligen-Truppen einen Bärendienst, wenn man diese Ereignisse vertuscht oder den Umfang verkleinert will, daß Freiwilligen-Truppen die Täter waren. Es kann sich hier nicht darum handeln, Vorwurfsmengen zu beschuldigen, sondern Mittel und Wege zu finden, derartige Vorfälle für die Zukunft zu vermeiden.

Ruhe in München.

Das Geschäftsleben in München hat sich seit gestern wieder in normaler Weise entwickelt. Der Straßenbahnverkehr ruht noch. Der Volkswirtschaftler ist wieder aufgenommen. In der Nacht hat es in verschiedenen Stadtvierteln neuerdings wieder kleine Schießereien gegeben. Zur Verhütung der Zwischenfälle wurden zahlreiche Hausnummern und Beschreibungen vorgenommen. Es wurden neuerdings Abgerufen zum Teil mit Traktoren versehenen vorgeschoben und Geschosse und Munition anwesend aufgestellt. Der Stadtkommandant hat bis auf weiteres das Erhängen der linksradikalen Zeitungen verboten. Unter das Verbot fällt u. a. „Die neue Zeit“ der U. S. P. Der Vorsitzende des Revolutionstribunals soll wegen Hochverrats angeklagt werden.

Die Kommunistenregierung hat für über eine Million falsche Reichsmarknoten gedruckt und in Umlauf gebracht. Am Montagabend wurde die Privatsekretärin Gathofers, Sobbe, verhaftet, die bereits an den Sozialistenführern in Bremen und Weimar beteiligt war. Nach dem Bayerischen Kabinett werden in dem Keller des Luisenparkmuseums menschliche Eingeweide gefunden, ferner Leinwand und Schädeltelle, es wird vermutet, daß noch mehr Geiseln ermordet wurden. Bei dem Kampf in auch Generalmajor Rangel an Geiseln beteiligt.

Ueber den Ausbruch des Rätegedankens in Bayern melden die „Neuesten Nachrichten“, daß in den letzten Tagen zwischen Bamberg und Berlin Verhandlungen in der Rätefrage stattgefunden haben. Ein Geheiß über Arbeiter- und Bauernräte in Bayern ist bereits in Ausarbeitung.

Reizere Verfassungen.
 Berlin, 5. Mai. Der „Vorwärts“ meldet aus München, daß der russische Wachtel

vine im Keller eines Schwabinger Herrschaftshauses aufgefunden worden ist. Verhaftet sind ferner Oßel, der frühere Volksbeauftragte für Finanzen, und sein Gehilfe Männer. Die Witwe Eisners wurde ebenfalls verhaftet, weil sie in ihrer Wohnung einen Teil der Kommunistenführer verborgen hielt.

Nach dem „Berl. Tagebl.“ beläuft sich der Gesamtschaden in München auf mindestens 4 Milliarden Mark.

Wahlen in Schweden.

Die nach der neuen schwedischen Verfassung vorgenommenen Stadtwahlverordnungen brachten der Sozialdemokratie in Stockholm und Malmö die absolute Mehrheit. Bei den Wahlen zu den Provinzialparlamenten erhöhte sich die Zahl ihrer Mandate um 82, die der Linksozialisten um 11, und die der Liberalen um 4. Bei der in Kürze zu erwartenden Wahl des Reichstags erwartet man, daß die Sozialdemokratie in beiden Kammern die stärkste Partei sein wird. Die erste Kammer dürfte sich folgendermaßen zusammensetzen: 54 Sozialdemokraten (bisher 19), 38 Liberalen (bisher 43), 37 von der Rechten (bisher 38), 18 Bauernverbände und 5 Linksozialisten (bisher 2). Man rechnet in politischen Kreisen Schwedens mit einer baldigen Auflösung des Reichstags und weitestgehend der ersten Kammer, und der Ausschreibung neuer Wahlen.

Streiks in Paris.

Ein Bankbeamtenstreik begann gestern in ganz Paris. Die meisten Großbanken haben geschlossen. Nachmittags zwangen Streikende den Credit Foncier die Schalter zu schließen, so daß der gesamte Bankverkehr ruht. Die Direktion des Credit Foncier und der Societe generale erklären sich bereit, mit den Streikenden zu verhandeln, lehnen jedoch die Vermittlung der Confederation generale du travail ab. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 15 000.

Verfaßtes, 7. Mai. „Populaire“ meldet, daß der Ausbruch der Felleisnarbeiter und Bankangestellten fortdauert und auf andere Industrieberufe übergeht. Der Bankarbeiterverband verhandelt mit den ausländischen Verbänden wegen eines Solidaritätsstreiks. Das Blatt erwartet, daß alle diese Ausstände, welche eine Lohnverbesserung und sofortige Durchführung des Achtstundentages bezwecken, in den nächsten Tagen einen weitläufigeren Umfang annehmen werden.

Ghau, Ghau!

Wenn Mehrheitssozialisten diese durchaus berechtigte und vernünftige Meinung ausdrücken, so können sie sicher sein, daß gerade die Unabhängigen und Sozialisten sie deshalb mit den schlimmsten Verdächtigungen und Anschuldigungen belegen würden. Nun ist auch der Unabhängige Dr. Gera (Münch.) an dieser Erkenntnis gekommen. In einem kürzlich in der „Volkszeitung“ erschienenen Artikel „Am Scheidewege“ sprach er von dem „am die Dauer unerschütterlichen Kollektiv nach links.“ Gerade die unerschütterlichen Kollektiv, schreibt er, „gehören sich heute am radikalsten: Lohnansprüche und wir sehen an Spartakus! Wir brauchen heute Ruhe und Ordnung fast noch notwendiger als das liebe Brot. Somit verkommt das deutsche Volk, nach einem treffenden Wort des Genossen Ströbel auf dem Schindanger der Weltgeschichte. Diese Ruhe

und Ordnung kann aber nur geschaffen werden durch eine gründliche und ehrliche sozialistische Politik.

Das ist ganz unsere Meinung. Nur werden sich die Parteifreunde von Dr. Gera wenig nach dessen Mahnung richten!

Schulreformen.

Ueber die künftigen Reformen im Schulwesen äußerte sich der preussische Kultusminister Goenrich einer Berliner Korrespondenz gegenüber.

Der Minister wird in den nächsten Tagen dem Landtage ein Geheiß vorlegen, das die Aufhebung der Ortschulinspektion zum Gegenstand hat, deren Amtsbefugnis, soweit sie nicht überhaupt fortfallen kann, an die Schulaufsichtsbehörden oder einen zu berufene Fachleute übertragen werden sollen. Als Ausbildungspersonal sollen in noch weit größerem Maßstabe als bisher erfahrene Direktoren und Hauptlehrer herangezogen, und den Kreischulinspektionen sollen auch geeignete Schulmänner beigegeben werden. Im Laufe der nächsten Monate hofft der Minister Goenrich eine große Landeskonferenz berufen zu können, in der alle internen Angelegenheiten der Schulorganisation, die Neugestaltung des höheren Schulwesens und der Befreiung der verschiedenen Schulnahrungen geregelt werden sollen. Sie wird sich besonders eingehend mit der brennenden Frage des Abbaus der Beherrinnen beschäftigen, wobei der Minister den Standpunkt vertritt, daß das Verbot im weitgehenden Maße gemildert werden muß. Bezüglich der Direktorenfrage an den höheren Schulanstalten glaubt der Minister, daß die Regierung der Beherrschhaft entgegenkommen wird. Es soll ihr ein

Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung der Direktoren und auch ein Vetorecht angestanden werden. Ob aber, wie vielfach aus der Kreise der Lehrer gefordert wird, aus ihrer Mitte heraus der Amtsinhaber für eine bestimmte Zeit zu wählen ist, diese Frage glaubt der Kultusminister erst nach Abklärung der Verhältnisse überlegen zu können. In die Provinzialaufsichtskomitees, die noch heute vielfach im alten reaktionären Stil fortarbeiten, sollen in allernächster Zeit Männer berufen werden, die allmählich den Betrieb auf eine neue demokratische Grundlage zu stellen haben werden.

Schnaps statt Ruder.

Unbestimmt um die Not unseres Volkes, haben die Vertreter dieses Kapitals immer von neuem unsere unentbehrlichen Nahrungsmittel als „Kohlestoffe“ für ihre Zwecke zu erlangen. So hat der Verein ostpreussischer Fabrik- und Brauereiwirtschaftler in Königs Mitte Februar beim Reichsberufungsamt in Berlin beantragt, es möge dem Verein im Herbst 1919 24 000 Rentner Ruder überreichen werden. Die verarmten Mütter, die keinen Heller für ihre Kinder erhalten können, kümmern diese Alkoholiker nicht. Sie fordern jetzt schon dafür, daß sie im Herbst den nötigen Ruder bekommen; dann werden sie dem Volke das schöne Demoskopen vorantreiben, welches zusammen an dem Volkswort verarbeitet, um mit den dafür erstellten Millionen Preisen ihre Taschen zu füllen. In den Zeitungen liest man Dinnies, daß die — schon jetzt allmählich unerschöpflichen Ruderrationen wahrheitsgemäß erheblich herabgesetzt werden müssen. Da darf man wohl erwarten, daß das Reichsberufungsamt auf einem solchen Raubzug nicht seine Hand biete.

Die vergeudete Kriegsgewinnsteuer.

Die arbeitsschöpfende Kohlenförderung der Schächte in Hamborn betrug im Oktober 1918 nur 13.483 Tonnen, im Februar 1919 nur 3648 Tonnen, im März 1919 nur noch auf 717 Tonnen. Auf den Kohlenbau kommen pro Schicht im Oktober 2,57 Tonnen, im Februar 2,15 und im März 1,99 Tonnen. Die Förderung auf den Rovi der Gelmschicht hat während des Krieges noch auf über eine Tonne pro Schicht, im Oktober 1918 noch auf 0,98 und im März 1919 nur noch auf 0,71 Tonnen. Diese Angaben sind den Statistikbüchern seitens der Reichsregierung entnommen worden und müssen als richtig anerkannt werden.

Naturgemäß nicht eine harter Produktionsrückgang auf das finanzielle Ergebnis der Schächte entsprechend ein. Das wäre nicht bedrohlich für unser Wirtschaftsgeschehen, wenn es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelte. Die überhöhte Produktionsmenge hat wohl ziemlich allen Kohlenwerken eine Zukunft gesichert. Am wahrhaftigsten „Paradies“ Hamborn hat sich die Arbeiterschaft als ein Dankschuldiger einstellt. Den Betriebsführern ist seitens der Reichsregierung mitgeteilt worden, auf den Schächten deutscher Kohlenbauern pro Tonne betragen, die

Zus die Kohlensteuer vermehren die Belastung der Arbeiter — natürlich alles durch die Staatseinkommen — nicht zu entrichten. Mitteil ist schon im Dezember die Ruhrsteuer auf jede Tonne Förderung auf fast 45 Mark angesetzt. Die infolge der wirtschaftlichen Misserwirtschaft auf dem Rheinischen Kohlenbau im Dezember eingetretenen finanziellen Verluste gab die Verwaltung mit rund 6.580.000 Mark an! Darunter befindet sich auch die Belastung für die Streikschichten. Im Januar trat eine Kohlenpreiserhöhung und dadurch eine Verbilligung der Ruhrsteuer ein. Der Februar war dagegen besonders verlustreich wegen der Spartakusrevolte am Niederrhein; im März erfolgte die armselige Einführung der Schachtwirtschaft ohne Rücksicht auf die entgangenen technischen Schmierstoffe. Den Verlust befreit die Verkleinerung auf 7-8 Millionen Mark! Sie erklärte gegenüber den Arbeiterdelegationen, sie sei imstande, nachzuweisen, daß sich der Ausbruch der Revolution der Gesamtverlust der Rheinischen Kohlenbauern infolge der vielen Streiks, des unabweislichen Verderbensrückganges und der erzwungenen Verbilligung der Streikschichten bis Ende März auf 55 bis 66 Millionen Mark belaufe! Die Unternehmung steht vor dem Ende ihrer Existenz. Dabei befindet sich die Arbeiterschaft infolge der fort unabweislichen Streikunruhen in einer unabweislichen Notlage!

Betriebsverluste in A	21,55	im Okt. im Nov. im Dez.	22,22	67,28
Verkaufspreise in A	2,50		22,75	22,77
Förderung in Tonne	21.000	158.715	15.614	

